

Forderung nach Aufnahme

VON BJÖRN WISKER

MARBURG. Die Flüchtlingsinitiative „200 nach Marburg“ fordert von der Landesregierung den Beginn eines hessischen Aufnahmeprogramms. „Wir fordern, dass Deutschland nicht nur zusätzlich Menschen aus den griechischen Flüchtlingslagern aufnimmt, sondern dass diese Lager umgehend evakuiert werden“, heißt es in einer Stellungnahme von mehreren Dutzend Marburger Aktivisten.

Angesichts der verheerenden Situation in Lagern sei nach dem Auftreten von Corona „die Durchsetzung unserer Forderung für all diese Menschen inzwischen eine Maßnahme zur Lebensrettung geworden“. Die Marburger Gruppe verweist dabei auf eine Festlegung zu einem entsprechenden Aufnahmeprogramm im Koalitionsvertrag zwischen CDU und Grünen in Hessen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss bereits vor vier Jahren, dass Marburg zusätzlich Flüchtlinge speziell von griechischen Inseln aufnehmen wolle. Geschehen ist das, auch nach Briefwechseln zwischen Magistrat und Wiesbadener Staatskanzlei, nicht.

Wissenschaftsministerin Angela Dorn (Grüne) verweist angesichts der erneuerten Forderung auf die Bundeszuständigkeit. Ein Landesaufnahmeprogramm benötige die Zustimmung des Innenministers, auch organisatorisch sei Hessen auf die Unterstützung durch den Bund angewiesen. Doch der Bundesinnenminister habe die Anträge der Länder Berlin und Thüringen, die mit einem Landesaufnahmeprogramm beabsichtigten, Menschen von den griechischen Inseln aufzunehmen, negativ beschieden. Trotzdem: „Wir führen derzeit intensive Gespräche mit unserem Koalitionspartner, um ein gutes Landesaufnahmeprogramm auf die Beine zu stellen“, sagt Dorn.

Nazi-Drohbrief erschüttert Flüchtlings-Familie

„Schmarotzer, die weg müssen“ – Entsetzen bei Unterstützerkreis von algerischer Familie

VON BJÖRN WISKER

MARBURG. Der „Dreck aus ihrer Wohnung muss weg“: Anna Radke, bei der die Flüchtlingsfamilie Tarek Ramdani, Fatima Abidi samt ihrer drei Kleinkinder lebt, hat kürzlich einen rechten Drohbrief bekommen. Die beiden in Algerien aufgewachsenen Erwachsenen seien „höchstkriminelle, aggressive Schmarotzer“, ihre drei in Marburg geborenen Kinder „gestört“. Sie alle würden nur „den deutschen Staat ausnehmen“, hätten in der Stadt „nichts zu suchen“.

Radke und Ramdani reagieren auf das Schreiben mit Bestürzung – ein Unterstützerkreis aus rund 70 prominenten Marburgern, darunter Wissenschaftler, Politiker, Verwaltungsmitarbeiter und Geistliche stellt sich indes mit einem offenen Brief an ihre Seite. „Menschen als ‚Dreck‘ zu bezeichnen ist eine zutiefst verletzend Form von Diskriminierung.“

Drohungen auch an die Marburger Tafel

Der oder die Schreiberin, die eine solche Bezeichnung für andere verwendet, schließt sich damit aus unserer Wertegemeinschaft aus. Das sind völlig inakzeptable Beschimpfungen“, heißt es in dem unter anderem von Sozialpsychologie-Professor Ulrich Wagner formulierten Schreiben. Einem, das mit Landrätin Kirsten Fründt (SPD) und Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies (SPD) auch zwei einflussreiche Behörden-Chefs unterzeichnet haben.

Der Verfasser des Hetz-Briefes versuche den Eindruck zu erwecken, er oder sie spräche im Namen der meisten Menschen. „Das ist falsch und eine grenzenlose Selbstüberschätzung.“ Mit dieser Form der „Menschenabwertung“ sei man in der absoluten Minderheit.

Der Drohbrief ist nicht der einzige, der zuletzt kursiert. Auch die Marburger Tafel hat jüngst Nazi-Post und rechte



Ein Foto aus dem Sommer: Tarek Ramdanis Familie ist jetzt Opfer eines rechten Drohschreibens geworden.

ARCHIVFOTO: BJÖRN WISKER

Tonaufnahmen bekommen. Ein Flugblatt mit der Aufschrift „Kein Essen für Neger und Juden – es lebe der Führer“ stammt von einem Absender „Schwarze Rose“.

Für Pascal Barthel, Tafel-Geschäftsführer, ein wiederkehrendes Phänomen: „So etwas kommt häufiger vor. Mal telefonisch, mal per Brief – oft geht es im Kern um die Frage, wieso Ausländer etwas bekommen und Deutsche angeblich nicht.“ Volksverhetzung? Der Staatsschutz ermit-

telt jedenfalls sowohl in den Tafel-Fällen als auch bei Radke.

Der in Radkes Briefkasten geworfene Zettel kommt im Nachgang eines eingestellten Verleumdungs-Gerichtsverfahrens gegen Ramdani. Zuletzt wurde nach internen Recherchen des Hessischen Datenschutzbeauftragten bekannt, dass es bei der Polizei Identitätsverwechslungen bezogen auf den Familienvater gab (OP berichtete).

Der Schmarotzer-Vorwurf

ist indes kurios: Ramdani versucht seit Jahren eine Arbeitsstelle zu bekommen – eine Zusage eines Handwerksbetriebs hat er seit Jahren. Die Erlaubnis zu arbeiten verwehrt ihm der deutsche Staat. Auch, dass die Kinder „gestört“ seien, ist abseits der Beleidigung nicht haltbar: Während Mirel und Maria laut Medizinern vermutlich unter dem Zwangsabschiebungs-Trauma leiden, rührt die Hörschädigung des jüngsten Sohns Gabriel nicht nur nach Meinung der Eltern

Rechte Propaganda in Hessen

575 Fälle bekanntgewordener, strafrechtlich relevanter rechter Propaganda gab es im Jahr 2019 in Hessen – deutlich mehr als in den Jahren der Flüchtlingswelle 2015 und 2016. Das geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik hervor. Die Zahl der Volksverhetzungen im Land lag vergangenes Jahr bei 138 und somit um eine Dutzend Fälle unter den Vorjahreswerten.

vom Stress der Mutter, ihrem nervlichen Zusammenbruch während der Abschiebung 2019. Asyl, Duldung, Abschiebung: Seit Monaten herrscht nicht zuletzt wegen laufender Petitionen für ein Bleiberecht Stillstand in dem Fall. Während das Regierungspräsidium Gießen weiterhin eine zügige Abschiebung der Familie anstrebt, kämpfen Unterstützer wie Dr. Kurt Bunke aus Cölbe für die Zukunft speziell der drei in Marburg geborenen Kinder.

„Es tut gut zu wissen, dass man nicht alleine ist“

Abgesehen von den Problemen, die Ramdani und Abidi bei einer Rückkehr nach Algerien drohen, haben die Kinder keinen Bezug zu Land, Leuten, Kultur und Sprache. Etwas, das auch die Landtagsabgeordneten Jan Schalauske (Linke) und Dirk Bamberger (CDU) so sehen.

„In dieser Zeit der Verunsicherung tut es gut, zu wissen, dass man nicht alleine ist“, sagt Radke anlässlich des offenen Briefs in Richtung des weiter wachsenden Unterstützerkreises. Weiter ruhen ihre Hoffnungen auf einer laufenden Petition beim Hessischen Landtag und vor allem der Möglichkeit, dass es im Asylverfahren – wegen neuer Beweise der persönlichen Bedrohungslage der Familie in Algerien – einen zweiten Anlauf geben kann.

SPD Moischt stellt Liste auf

MOISCHT. Der SPD-Ortsverein Moischt hat seine Liste für die Ortsbeiratswahl aufgestellt. Auf Platz 1 kandidiert der ehemalige SPD-Ortsvereinsvorsitzende Walter Kreuzer, der sich wieder in die Politik seines Ortes aktiv einbringen will. Auf Platz 2 ist Sylvie Denke gewählt, die seit Jahren in Moischt lebt und die Zukunft mitgestalten will. Platz 3 nimmt Konrad Block ein, jahrzehntelanger Vorsitzender des TSV Moischt. Auf Platz 4 steht Bianca Haemer, die seit Kindesbeinen in Moischt verwurzelt ist. Die Liste vervollständigen auf Platz 5 Gerhard Wacker, aktuell im Ortsbeirat und bei IKEK aktiv, die vormalige Ortsvereinsvorsitzende Monika Biebusch auf Platz 6 und auf Platz 7 der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins, Hans-Dieter Wolf.

Weihnachtsgrüße auf der Leinwand

Ein virtuelles Konzert für alle Senioreneinrichtungen in der Stadt Marburg

MARBURG. „Oh Tannenbaum“ oder „Walking in a Winterwonderland“ – die Stadt Marburg hat ein digitales Konzert in die Marburger Senioreneinrichtungen geschickt, mit Grußbotschaften und Bildern aus städtischen Kitas. Weil die städtische Konzertreihe für die Seniorenheime wegen Corona verschoben werden musste, gibt es jetzt das kleine Konzert zum Selbstveranstalten.

Elisa Friedrich, mit glitzernden Tannen auf einem Haarreif geschmückt, spielt auf der Violine eine gefühlvolle Interpretation von „Stille Nacht, Heilige Nacht“, begleitet von Michal Bandac mit Gitarre und roter Weihnachtsmütze. Franziska Knetsch, mit weihnachtlichem Blumenkranz im Haar, steigt ein und singt „In dieser Stadt“ von Hildegard Knef. Die Musik

kommt aus Lautsprechern. Das Konzert flimmert über den Bildschirm. Die Stadt Marburg hat das Konzert mit der Band „Bloody Merry“ aufgenommen – und es an die Marburger Senioreneinrichtungen geschickt, für ein digitales, Corona-konformes und kontakt-

freies Konzert zu Weihnachten.

„Wir lassen in Marburg niemanden alleine. Das gilt für uns in der Corona-Pandemie und gerade im derzeitigen Lockdown ganz besonders“, sagt Oberbürgermeister Dr. Thomas Spies. Neben mehr

als einer halben Stunde Musik von „Bloody Merry“ gibt es einen Weihnachtsgruß von Spies und von Eliasch Heschler, der Vorsitzenden des Kinder- und Jugendparlaments. Außerdem gibt's zuckersüße Weihnachtslieder: Die Kinder der Kita Schröck

singen im Video etwa von der Weihnachtsbäckerei. Die Kita „Unter dem Gedankenspiel“ aus Wehrda steuerte außerdem liebevoll gemalte und gestaltete Bilder für alle Senioreneinrichtungen bei.

Über diese Aktion hinaus gibt es im Übrigen einige Kinderbetreuungseinrichtungen, die – teilweise schon jahrelang – engen Kontakt zu benachbarten Seniorenheimen halten, etwa die Kita „Auf der Weide“.

Während der Corona-Zeit sind zwar keine Besuche mehr möglich, aber auch diese Einrichtung versenkte bereits selbstgemalte Bilder der Kinder an die Senioren. Ein weiteres Beispiel ist die Kita in Bauerbach. Die Kinder bastelten kleine Geschenke für die 77 Bewohner des Marburger Alten- und Pflegeheims St. Elisabeth.



Das Konzert mit „Bloody Merry“ wurde als weihnachtlicher Musikgruß virtuell in die Senioreneinrichtungen in der Stadt Marburg geschickt.

FOTO: LUKAS KAPFER/FLASHLIGHT VERANSTALTUNGSTECHNIK